

Die Ostwissenschaften während des Zweiten Weltkriegs

von Martin Burkert, Berlin

Seit der politischen Wende von 1989/90 ist ein verstärktes Interesse an einer genaueren Kenntnis der Rolle der deutschen Ostwissenschaftler während des Zweiten Weltkriegs unverkennbar. Die Erwartung jedoch, dass mit dem Wegfall der realsozialistischen Regime in Osteuropa sich im Verlaufe einer unvoreingenommenen Debatte ein Grundkonsens in den entscheidenden Fragen abzeichnen würde, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Nimmt man die vor einem guten halben Jahr von W. Schulze und O. G. Oexle herausgegebenen einschlägigen Beiträge auf dem letzten Historikertag (Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1999) als eine vorläufige Bilanz, so lässt die längst überfällige Revision weiter auf sich warten. Statt einer Neubewertung dominieren Thesen, die überwiegend vor der politischen Wende konzipiert und seither kaum kritisch aufgearbeitet worden sind. Sie stützen sich selten auf genuin fachgeschichtliche Untersuchungen, vielmehr beziehen sie ihre Plausibilität von ihrer Einbettung in einen größeren Zusammenhang, der das Verhalten der „Deutschen Historiker im Nationalsozialismus“ thematisiert, die schon seit Jahren andauernde Diskussion um die sog. Volksgeschichte bzw. Volkstumsforschung und den Antisemitismus unter den Historikern betrifft oder sie stehen im Zusammenhang mit der angestrebten Suche nach den „Vordenkern der Vernichtung“ unter den deutschen Wissenschaftlern.

Dieser Kontext, der sich durch eine Reihe von unausgesprochenen Grundannahmen auszeichnet, ist für die Erforschung der Rolle der Ostwissenschaften alles andere als zuträglich. Hier wird auf die vorbehaltlose Erörterung der Frage, ob die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft in Osteuropa sowie der Holocaust tatsächlich wissenschaftlich vorbereitet worden sind, in der Regel verzichtet. Stattdessen wird die bloße Vermutung, „dass gerade der hochtechnisierte Vernichtungsapparat notwendigerweise eines entsprechenden rationalen Planungsapparats bedurfte, der die benötigten Daten aufbereitete, damit der Vernichtungsprozess überhaupt anlaufen konnte“ (M. Fahlbusch), zur unumstößlichen Gewissheit erhoben. Die Jahre 1933–1939 fungieren folglich nur als Inkubationszeit, als geheime Vorbereitung des Besatzungsterrors und der Vernichtungspolitik, eine davon losgelöste Aufgabenstellung während der Friedensjahre des Dritten Reichs wird den Ostwissenschaften nicht zugestanden. Ob das NS-Regime die Osteuropaforschung und Ostforschung (letztere wird meistens unter Volkstumsforschung subsumiert) wirklich für seine Ziele einsetzen konnte, scheint für viele Bearbeiter keiner Klärung mehr zu bedürfen. Ein besonders gravierender Mangel praktisch aller Beiträge besteht in dem Verzicht auf eine Prüfung der Verträglichkeit der Konzepte der damaligen Ostwissenschaften mit der konkreten Ostpolitik Hitlers. An ihrer Stelle werden abgegriffene Floskeln angeboten: Die Ostforscher

hätten „in ostpolitischen Fragen gemeinsame Sache mit dem NS-Regime gemacht“. Fast hat es den Anschein, dass eine Diskussion der Ostpolitik Hitlers um jeden Preis vermieden werden soll. In der Folge solcher Voreingenommenheit wird die Erstellung von sog. Volkstumskarten und Volkstumsstatistiken über Osteuropa blind der späteren Besatzungspolitik zugeordnet. Dass gerade die Respektierung der Volkstumsgrenzen und vor allem die Durchsetzung einer auf ihnen beruhenden friedlichen Revision der Grenzen die Erforschung der Siedlungsgebiete der ostmittel- und osteuropäischen Völker nötig machte, wird nicht einmal geahnt. An keiner Stelle erfährt das Verhältnis von „völkischer Idee“ und NS-Regime die geringste Aufmerksamkeit. Auch ist nie ernsthaft eine Antwort auf die Frage gesucht worden, ob denn die infrage stehenden Osthistoriker tatsächlich vom NS-Regime als politische Beratergruppe akzeptiert worden sind.

Dafür wird in Umkehrung der Wirklichkeit den Ostforschern, die sich dem allen ostmitteleuropäischen Staaten gemeinsamen Problem der ethnischen Minderheiten zugewandt hatten, in welches das Deutsche Reich und Österreich seit Versailles und Trianon objektiv einbezogen waren, jegliche Bereitschaft für diplomatische Konfliktlösungen abgesprochen. Es zeugt von einer fundamentalen Unkenntnis hinsichtlich der damaligen osteuropäischen Verhältnisse, den betreffenden Historikern wegen ihrer Erforschung der Lage der ethnischen Minderheiten in Ostmitteleuropa die imperialistischen Ziele des NS-Regimes zu unterstellen. Der Volkstumskampf, der für ein Drittel der Bevölkerung Ostmitteleuropas die bedrückendsten Realität der Zwischenkriegszeit war, wird allen Ernstes als eine „Erfindung“ der deutschen Ostforscher dargestellt, der gewaltsame Volkstumskampf zu deren Programm erhoben. Selbst eher besonnene Diskussionsteilnehmer wie W. J. Mommsen suggerieren eine angeblich zwangsläufige Evolution des Volkstumskampfes der Zwischenkriegszeit zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Kein einziger hat die Tatsache erwähnt, dass gerade Hitler den Volkstumskampf zu unterbinden versucht hat.

Eine voreilige Identifizierung einzelner kompromittierender Aussagen von Historikern mit den Zielen des NS-Regimes wird letztlich ermöglicht durch ein höchst undifferenziertes, keinerlei ideologische Verschiebungen berücksichtigendes Bild des Dritten Reiches. Dabei hatte z.B. W. J. Mommsen in seinem Referat daran erinnert, dass nach der Machtergreifung „die völkische Idee Verformungen im Sinne einer einseitig rassistischen Auslegung des Volksbegriffs“ ausgesetzt gewesen war. Eine völlig statische, die sich ab 1937 überstürzende außenpolitische Dynamik ausklammernde Vorstellung vom NS-Staat dient dem Zweck, einem naiven Interpretationsmuster von Plan und Durchführung zur Geltung zu verhelfen. Beinahe zwangs-

läufig müssen dann Entlehnungen aus der Besatzung-Propaganda den Ostforschern als Ziele unterstellt werden: Sie hätten bereits in der Weimarer Republik den „Anspruch der Deutschen auf die Wiederherstellung ihrer Vorrangstellung im Osten, auch jenseits der Reichsgrenzen von 1914“ verlangt. Dadurch scheint auch die von vielen für unverzichtbar gehaltene, von der DDR-Forschung aufgebrachte Konstruktion von der Kontinuität des Weimarer Revisionismus zur NS-Besatzungsherrschaft gerettet zu sein.

Zusammengehalten werden die einer kohärenten Logik entbehrenden Darlegungen durch die publizistischen Verfahren eigene Neigung, einem unzureichenden Faktenbestand durch Appelle an politische oder ideologische Überzeugungen eine anders nicht zu beschaffende Evidenz zu verleihen. Gern benutzt werden seit den 60er Jahren bekannte Schlagworte und Klischees und an Unterstellungen grenzende Vermutungen. Ein hohes Maß an Assoziationsfreudigkeit ist fast die Regel, vielfach ein aufgesetztes Pathos, ein unduldsames, sich ständig selbst bestätigendes Moralisieren, Anleihen bei der Mythologie („Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime“) und nicht zuletzt eine suggestive, jede Konkretion scheuende Metaphorik, deren Zweck Mystifizierung, nicht Aufklärung zu sein scheint. Letztere ist das eigentlich Hervorstechende an der gegenwärtigen Debatte. Da werden die Ostforschungsinstitute zu „Geheimen Denkfabriken des Dritten Reiches“ stilisiert, als „politikberatende Institutionen neuen Typs“ und „Agitationszentren einer antislawischen historiographischen Volkstumspolitik“ bezeichnet. Lockere Forschungsgemeinschaften werden zu einem „Großforschungsverbund“ und „Netzwerk von Personalunionen und machtpolitischen Intrigen“. Die Ostforschung selbst wird zur „Einmarschhistorie“ erklärt, zur „wissenschaftspolitischen Ostmission“ und „Begleitforschung der Vernichtungspolitik“, ihr Ziel sei angeblich die „Erfindung des Volkstums als Forschungsprogramm zur ethnischen Segregation Europas“ gewesen.

Das Ergebnis der Diskussionen auf dem Frankfurter Historikertag ist denkbar kontrovers ausgefallen. Thesen wie die von I. Haar, wonach „der Forschungsverbund der ostdeutschen Volkstumshistoriker federführend an der Durchführung des Generalplans Ost“ gewesen sei, fanden dezidierten Widerspruch: Die Ostforscher seien eben nicht an der „mittelbaren oder unmittelbaren Vorbereitung des späteren ‚Generalplans Ost‘ beteiligt“ gewesen, sie waren auch keine „Wegbereiter der Idee der Judenvernichtung“ (W. J. Mommsen). Andere wie Hans Mommsen flüchteten sich in Verallgemeinerungen, die auf ein Ausweichen hinauslaufen: Die Ostforscher trugen angeblich „zur Entstehung ... einer Mentalität bei, welche den systematischen Völkermord in den Bereich zuerst des Möglichen, dann den des Unvermeidlichen und schließlich den des Notwendigen rückte“. Es steht zu befürchten, dass die Wortführer dieser angeblich neuen Debatte, die so neu gar nicht ist, weithin der „Magie eines Konstruktes“ erlegen sind. Mit dieser Formulierung hat unlängst Hans Böhm seine Besprechung des jüngst vorgelegten Werks von M. Fahlbusch über die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften überschrieben und damit in höchst taktvoller Weise eine Grenze aufzuzeigen versucht, von der an sich die Anhänger einer wissenschaftsfremden Motivation in Wahngelassenen zu verlieren drohen. Diese extreme Polarisierung kann nur überwunden werden, wenn die zahlreichen Tabus und blinden Flecke der bisherigen Debatte einer weniger aufgeregten und selbstgerechten, dafür aber soliden und textkritischen Bearbeitung weichen. Ansonsten läuft die Forschung über die Ostwissenschaften im Dritten Reich Gefahr, im wesentlichen den Kenntnisstand des auslaufenden Kalten Krieges zu verfestigen.

Dr. Martin Burkert ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arbeitsbereiches Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Wir danken allen Leserinnen und Lesern, die sich an unserer Spendenaktion beteiligt haben, für ihre spontane und großzügige Unterstützung des Berliner Osteuropa Infos (BOI). Ihre Spende hilft uns, das BOI auch in Zukunft einem möglichst breiten Interessentenkreis zugänglich zu machen, ohne dass darunter die inhaltliche oder technische Qualität leiden muss.

Spendenkonto

Hauptkasse der FU Berlin, Kto.Nr. 3901 999 303, Berliner Bank, BLZ 100 200 00

Wichtig

Bitte Verwendungszweck angeben: 04/28290/31030633.

Auf Wunsch kann ab einem Betrag von 100,- DM eine Spendenquittung zur Vorlage beim Finanzamt ausgestellt werden. Die Namen der Spender werden, soweit diese einverstanden sind, im kommenden BOI veröffentlicht.